

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marianne Grosse und Jutta Steinruck (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

### Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 1078** vom 15. November 2007 hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz konnte seit Januar dieses Jahres von 7,5 % auf 5,8 % im Oktober 2007 gesenkt werden. Damit hat sie den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diesen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Rheinland-Pfalz?
2. Worauf führt die Landesregierung diese Entwicklung zurück?
3. Wie stellt sich die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Rheinland-Pfalz dar?
4. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergreift die Landesregierung für die Entwicklung am Arbeitsmarkt?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. November 2007 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Im Oktober 2007 waren in Rheinland-Pfalz 120107 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind im Vergleich zum Vorjahresmonat 27 135 Frauen und Männer weniger; ein Rückgang um 18,4 Prozent. Im Bereich des Dritten Buches Sozialgesetzbuch liegt der Rückgang bei 25,4 Prozent. Aber auch immer mehr Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II finden neue Arbeit. Der Rückgang liegt hier bei 14,5 Prozent.

Im Vergleich der Länder hatten lediglich Bayern und Baden-Württemberg einen stärkeren Rückgang zu verzeichnen. Auch bei der Arbeitslosenquote nimmt Rheinland-Pfalz, wie in den vergangenen Monaten, den drittgünstigsten Rang ein. Diese Entwicklung bewertet die Landesregierung als äußerst positiv.

Diese positive Entwicklung spiegelt sich bei allen Personengruppen wider, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt.

So ist die Zahl der Jugendlichen unter 25 Jahren, die arbeitslos gemeldet waren, im Vergleich zum Vorjahr um 23,7 Prozent (4 450 Personen), die Zahl der Arbeitslosen über 55 Jahren um 17,6 Prozent (3 172 Personen) und die Zahl der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer um 15,3 Prozent (3 307 Personen) zurückgegangen.

Zu 2.:

Nach Einschätzung der Landesregierung ist diese Entwicklung – wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland – im Wesentlichen auf die verbesserte konjunkturelle Lage zurückzuführen.

Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung hat mit dazu beigetragen, dass die neu entstandenen Arbeitsplätze mit qualifiziertem Personal aus der Arbeitslosigkeit besetzt werden konnten.

b. w.

Die zahlreichen Qualifizierungsmaßnahmen setzen daran an, die Beschäftigungsfähigkeit der arbeitslos gemeldeten Menschen zu erhöhen und ihnen so die Möglichkeit zu eröffnen, sich auf entstehende Arbeitsplätze erfolgreich zu bewerben.

Dazu zählen auch die Bemühungen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, durch die es vielen Jugendlichen gelungen ist, eine Ausbildungsstelle zu finden oder nach einer Ausbildung eine Beschäftigung aufzunehmen zu können.

Zu 3.:

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz ist von 1 141 568 im März 2005 auf 1 167 724 im März 2007 gestiegen.

Nach vorläufigen Zahlen nimmt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Rheinland-Pfalz auch gegenwärtig deutlich zu. Im August 2007 waren 28 100 oder 2,4 Prozent Frauen und Männer mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor (insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im August 2007: 1 199 500).

Nur wenige Länder hatten noch stärkere Zuwächse zu verzeichnen (Hamburg + 3,0 Prozent, Berlin/Bremen + 2,8 Prozent, Brandenburg + 2,7 Prozent), im Bundesschnitt war der Zuwachs mit + 2,2 Prozent geringer.

Zu 4.:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen ist über seine arbeitsmarktpolitischen Instrumente seit vielen Jahren ein wichtiger Akteur in der Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz. Die Arbeitsmarktpolitik des Landes ist eine Ergänzung der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften und optierenden Kommunen, die Hauptakteure im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind. Durch die zusätzlichen Aktivitäten des Landes können besondere Zielgruppen und regionale Schwerpunkte berücksichtigt werden. Das findet vor allem dort statt, wo durch eine verstärkte gezielte Förderung des Landes zusätzliche Effekte erzielt werden können.

Die Landesregierung beobachtet sehr genau die Entwicklungen am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt und passt schnell und flexibel die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik entsprechend an. So fand ab dem Jahr 2005 aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen durch das Zweite Buch Sozialgesetzbuch auch eine Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente des Landes statt.

Diese Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ist geprägt von einer intensiven Zielgruppenorientierung, von einer starken Regionalisierung der eingesetzten Mittel und von einer Bündelung und einem Ineinandergreifen der angebotenen Fördermaßnahmen.

Die dahinter stehende Philosophie orientiert sich im Wesentlichen an drei Zielen, die gemeinsam die Arbeitsmarktpolitik prägen: Erstens aus der Sicherung und dem Erhalt von Beschäftigung und Arbeitsplätzen, um der Arbeitslosigkeit den Nachschub zu nehmen, zweitens aus der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und dabei besonders der Vermeidung von Ausgrenzung besonderer Zielgruppen und drittens aus der Begleitung des Strukturwandels.

Insgesamt sind zuletzt in rund 700 Projekten mehr als 35 000 Personen jährlich mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen erreicht worden.

Die geförderten Projekte haben vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt verschafft und die Chancen der Übrigen erheblich verbessert, einen regulären Arbeitsplatz zu finden.

Malu Dreyer  
Staatsministerin